

Meldungen

zusammengestellt von Michael Mertsch

Charles Abeysekera gestorben

Charles Abeysekera, einer der Pioniere der srilankischen Menschenrechtsbewegung, verschied am 3. April 1998. Zum Zeitpunkt seines Todes war er 72 Jahre alt und immer noch der aktivste in einer Reihe von menschenrechtspolitisch engagierten Intellektuellen.

Für hunderte von Frauen und Männern aller Altersgruppen, die mit ihm zusammenarbeiteten war "Charly", wie er liebevoll genannt wurde, ein enger Freund, ein inspirierender und zukunftsweisender Kollege. All die beispielhaften persönlichen Qualitäten entsprangen aus seinem tiefen inneren Bekenntnis zu einer Zukunft des Friedens, der Demokratie, der Menschenrechte und sozialen Gerechtigkeit.

Charles Abeysekera wurde in Matale geboren. Sein Vater war Schulrektor. Mit einem staatlichen Schülerstipendium geehrt, besucht er das 'Ananda College' in Colombo, um eine Oberschulbildung zu absolvieren. Auch sein Hochschulstudium, das er 1944 an der Universität von Ceylon aufnimmt, wird durch ein Stipendium finanziert. An der Colombo-Universität lernt er Sinhala, Sanskrit und Englisch. 1949 erhält er eine Anstellung beim 'Ceylon Civil Service'. 1977 scheidet er aus dem öffentlichen Dienst aus, um in eine neue Phase seines beruflichen Lebens und gesellschaftlichen Engagements einzutreten: Mit voller Energie widmet er sich intellektueller Arbeit ebenso wie der Politik und der Verteidigung der Menschenrechte. Kurzfristig arbeitet er für das 'Centre for Society and Religion', welches ein Forum für Dissidenten in der Zeit nach 1977 darstellte. Danach, im Jahre 1978, war er einer der progressiven srilankischen Intellektuellen, die als Vertreter Colombos, Jaffnas und Kandy's die 'Social Scientists Association' ins Leben riefen - eine Institution, die wegen ihrer intellektuellen Kraft beeindruckte.

1983 wurde er Präsident des 'Movement for Interracial Justice and Equality' (MIRJE) und führte diese aktive Organisation, die für Frieden zwischen den Ethnien und Demokratie eintritt, unermüdlich bis zu seinem Tod als Präsident an.

Anfang und Mitte der 80er Jahre markieren den Beginn einer langen Periode der Dunkelheit für Sri Lanka. Die im Juli 1983 gegen die tamilische Bevölkerung ausbrechende Gewalt stürzte das Land in einen Abgrund von Haß und Krieg. Nur Frauen und Männer mit humanistischem Bewußtsein waren beschämt und artikulierten sich lautstark, wenn Tamilen Opfer massiver Menschenrechtsverletzungen wurden. Unter Charles Abeysekeras Führerschaft trat MIRJE vehement für die Einhaltung der Menschenrechte ein und propagierte eine friedliche Lösung der ethnischen Frage. Die Menschenrechtsarbeit mit der gesellschaftlichen Notwendigkeit einer politischen und sozialen wie demokratischen Modernisierung zu verbinden - dies war vielleicht Charlys bedeutendster Beitrag zur srilankischen Menschenrechtsbewegung.

Das machte ihn Ende der 80er Jahre zu einer Symbolfigur der Menschenrechts- und Demokratiebewegung in Sri Lanka. Von der jüngeren Aktivistengeneration, die ihren Lebenssinn im Kampf für eine allumfassende Demokratisierung der Gesellschaft - von den politischen Strukturen bis zum Alltagsleben - gefunden hatte, wurde Abeysekera als visionäres Vorbild angesehen. Er war immer ein Streiter für Medienfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung. In den letzten Jahren arbeitete er mit einem ausgesuchten Team jüngerer Kollegen in zahlreichen Kampagnen für freie und faire Wahlen. Außerdem engagierte er sich an vielen verschiedenen Fronten. Er arbeitete mit einer Reihe von Nichtregierungsorganisationen, die im Zuge des politischen Wandels 1994 entstanden waren. In vorderster Reihe trat er ein für die Rechte der Opfer von Menschenrechtsverletzungen, die in den späten 80er Jahren verübt worden waren. Wirksame demokratische Reformen waren ein weiteres seiner Anliegen. So arbeitete er mit staatlichen und Nichtregierungsorganisationen zusammen, um eine neue und substantiell wirklich demokratische Verfassung für das Land zu erarbeiten. Er betonte zudem die dringende Notwendigkeit einer Reformierung der Fundamente des srilankischen Staates im Sinne einer Machtverteilung, auf das die Wurzeln des ethnischen Konfliktes einer Lösung zugeführt werden können. In dieser Hinsicht war er in Kooperation mit Verfassungsexperten unermüdlich tätig in der Ausarbeitung der Details für das Reformwerk.

Von 1995 bis 1997 fungierte er überdies als Vorsitzender der 'Official Languages Commission'. Die Zivilgesellschaft war Charles Abeysekeras primäres Betätigungsfeld, weil er die nicht-staatlichen Sphären der Gesellschaft und des öffentlichen Lebens für einen wesentlichen Bestandteil einer modernen Demokratie hielt. Als eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens im kultiviertesten Sinn des Wortes, repräsentierte Charles Abeysekera das Bewußtsein aller, die in einer zunehmend herzlosen Gesellschaft Leidenschaft und Herz zu zeigen bereit sind.

Armeeoffensive stockt

Noch am 21. April sprach man in Militätkreisen von einem weiteren Erfolg in der nun schon elf Monate dauerenden Militäroffensive 'Jaya Sikuru' (sicherer Sieg). Einer Pressemitteilung des Verteidigungsministeriums zufolge, waren Armeetruppen mit Unterstützung von Kampfjets und Artillerie noch näher an den letzten größeren durch die LTTE kontrollierten Ort auf der Verbindungsstraße zwischen Jaffna und den südlicheren Landesteilen, die Stadt Mankulam, herangerückt. Die "Terroristen", so hieß es, seien weiter nach Norden geflohen. Bei den erbitterten Kämpfen waren über 100 Beteiligte auf beiden Seiten getötet, mehrere Hundert Personen verletzt worden.

Nur zwei Tage später mußte das Verteidigungsministerium jedoch Niederlagen eingestehen, die im offiziellen Sprachjargon als "taktischer Rückzug" bezeichnet wurden. Offensichtlich hatten Angehörige der LTTE die erst kurz zuvor durch die Armee eroberten Positionen wieder zurückgewonnen.

Neujahr in Sri Lanka

Anlässlich des Neujahrsfestes von Sinhalesen und Tamilen am 14. April hat die Präsidentin des Landes, Chandrika Kumaratunga, erneut zu Anstrengungen für eine Beendigung des Bürgerkrieges aufgerufen. In ihrer Botschaft hieß es: "Die Nachricht des neuen Jahres lautet, daß wir diesen Krieg durch eine Einigung unseres zersplitterten Landes beenden müssen." Der Konflikt betreffe alle Volksgruppen. "Sinhalesen, Tamilen und Muslime haben unter den grausamen Ereignissen gelitten. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Mitglieder aller Gruppen würdig und in Sicherheit leben und gleichzeitig ihre Identität wahren können." Obgleich sie darauf hinwies, wie sehr die Regierung auf dieses Ziel hinarbeite, mußte sie eingestehen, daß noch viele Hindernisse einer Befriedung des Landes entgegenstehen.

Protest gegen Verhaftungen

Erneute Verhaftungen von mehreren Tausend Tamilen kurz vor den Tagen des sinhalesischen und tamilischen Neujahrsfestes haben zu scharfen Protesten tamilischer Politiker geführt. Neelan Thiruchelvam, juristischer Experte der 'Tamil United Liberation Front' (TULF), sprach von willkürlichen und sinnlosen Verhaftungsaktionen der srilankischen Sicherheitskräfte in ihrem Bemühen, Angehörigen der 'Tamil Tigers' habhaft zu werden.

Gerade in Colombo war es erneut zu

Massenverhaftungen von Tamilen gekommen. "In nur wenigen Tagen der ersten Aprilwoche wurden etwa 5.000 tamilische Bewohner Colombos festgenommen, obwohl sie die erforderlichen Dokumente, die für einen legalen Aufenthalt in der Hauptstadt notwendig sind, vorweisen konnten", sagte Thiruchelvam im Parlament während der monatlichen Debatte um eine Verlängerung der Notstandsgesetze. "Wir sind entsetzt, wie selbst die ohnehin geringen Schutzmechanismen für die Betroffenen in den Notstandsgesetzen völlig unbestraft von den Sicherheitskräften übergangen werden." Die Partei habe in jüngster Zeit unzählige Beschwerden über brutale und ungerechtfertigte Behandlung von Personen aller Altersgruppen, auch von Frauen, erhalten und daraufhin jetzt auch eine Beschwerde bei der 'Human Rights Commission', einer durch die Regierung eingesetzten Organisation zur Überwachung von Menschenrechtsverletzungen, eingereicht. Dem Protest der TULF schlossen sich mehrere andere tamilische Parteien an. Mitte April kündigte der oberste Staatsanwalt Sri Lankas an, sich mit den Spitzen des Militärs und der Polizei zusammzusetzen, um über die erwähnten erneuten Massenverhaftungen von Tamilen in Colombo zu beraten.

Tamilischer Appell an Indien

Etwa 35 tamilische Organisationen haben sich Ende März in einem gemeinsamen Brief an den neuen indischen Premierminister Atal Bihari Vajpayee gewandt, um ihn um Unterstützung bei der Lösung des Bürgerkriegskonflikts zu bitten. Sie wiesen insbesondere auf die ständige Willkür und Übergriffe der srilankischen Sicherheitskräfte gegenüber der tamilischen Minderheit hin und äußerten, daß sowohl Regierung als auch Opposition die demokratischen Rechte von Tamilen nicht respektierten. In dem Brief heißt es weiter: "Aus diesen Gründen bitten wir Indien darum, eine aktive und konstruktive Rolle darin zu spielen, diese beiden großen Parteien zu überreden, endlich eine gerechte und sinnvolle politische Lösung zu erarbeiten, die die Erwartungen der Tamilen erfüllt."

Sinhalesische Nationalisten reagierten scharf auf die Veröffentlichung dieses Briefs und meinten, Indien habe keinerlei Recht, in die inneren Angelegenheiten Sri Lankas einzugreifen. Die 'Federation of Buddhist Organisations' forderte die indische Regierung auf, das tamilische Schreiben zurückzuweisen.

Die Vorgänge berühren ein empfindliches Kapitel der bilateralen Beziehungen zwischen Sri Lanka und Indien. 1987 waren im Zusammenhang mit einem

'Peace Accord' indische Truppen in den Norden und Osten Sri Lankas entsandt worden. Die Mission indischer Streitkräfte trug jedoch nicht zur Lösung des Konflikts bei, sie fügte den Auseinandersetzungen bis zu ihrem Abzug 1990 vielmehr nur ein weiteres blutiges Kapitel hinzu.

Journalisten bald verschont?

Die nach dem offiziellen Verbot der LTTE in Sri Lanka ergangene Gesetzgebung, nach der Kontakte mit dieser tamilischen Organisation mit Haft zwischen sieben und 15 Jahren bestraft werden können, soll jetzt verändert werden. Nach Angaben des Außenministers, Lakshman Kadirgamar, sollen zukünftig Journalisten von dieser Regelung ausgenommen werden. Das Gesetz, daß insbesondere die Weitergabe und Verbreitung von "Anweisungen, Entscheidungen, Erklärungen und Ermahnungen" der LTTE verbietet, hatte unter Journalisten zu Befürchtungen geführt, die oft im Sinne einer freien Berichterstattung auch Stellungnahmen der LTTE aufnehmen. Bisher sind nur Hilfsorganisationen von diesem Gesetz befreit, die in den Kriegsregionen des Landes arbeiten.

Bericht der 'Asian Development Bank'

Die 'Asian Development Bank' (ADB) hat in ihrem jüngsten Jahresbericht für Sri Lanka die Umsetzung von strukturellen Reformen und eine fiskalische Disziplin bei den Staatsausgaben angeordnet, anderenfalls ließen sich die gesetzten Ziele zur Eindämmung des Haushaltsdefizits nicht einhalten. Der Bericht drängt auf strukturelle Maßnahmen bei Pensionen und bei der Größe bzw. Effizienz des öffentlichen Dienstes, aber auch eine Überprüfung der gegenwärtigen Ausgaben und Einnahmequellen vorzunehmen, um für das Jahr 2000 ein Haushaltsdefizit von vier Prozent des Brutto-Inlands-Produkts zu erzielen. Das Haushaltsdefizit lag 1997 bei 7,5 Prozent, 1998 soll nach Angaben der Regierung eine Verringerung auf 6,5 Prozent erreicht werden.

Wirtschaftsentwicklung

Das Wirtschaftsministerium in Colombo erwartet für das laufende Jahr ein Wachstum der einheimischen Industrie um elf Prozent bei einer gleichzeitigen Steigerung der Exporte von Industrieprodukten um 20 Prozent. Damit scheint die Investitionspolitik der Regierung in industrielle Entwicklung erste Früchte zu tragen. Allein für das Jahr 1998 sieht der Staatshaushalt für diese

Zwecke einen Betrag von etwa 35 Millionen DM vor. An der Spitze der industriellen Zuwachsraten stehen Bekleidung und Kautschuk-Produkte. Gefördert werden sollen durch die staatlichen Mittel aber auch die Produktion von Glas- und Keramikwaren, die Edelstein- und Schmuckindustrie, Maschinenbau und die Fertigung elektronischer Geräte.

Nach unten zeigt im Gegensatz hierzu die Entwicklung des Fremdenverkehrs. Wohl auch aufgrund der jüngsten Sprengstoffanschläge in Colombo hat sich die Zahl der Ankünfte von Urlaubern in Sri Lanka verringert. Ging man in den ersten Monaten des Jahres noch von einer Steigerung der Touristenzahlen um 20 Prozent gegenüber 1997 aus, so sind diese Zahlen mittlerweile auf 15 Prozent nach unten korrigiert worden. Deutlich macht sich in Sri Lanka auch die Wirtschaftskrise Südostasiens bemerkbar, da Besuche von Urlaubern aus dieser Region zunehmend ausbleiben. Der Anteil südostasiatischer Touristen betrug im letzten Jahr immerhin fast 20 Prozent und liegt jetzt inzwischen nur noch bei acht bis neun Prozent.

Trotz alledem gehen die Werbekampagnen für Sri Lankas Sonnenstrände im Ausland weiter. Erst kürzlich wurde in Schweden eine große Kampagne gestartet, auch aus Indien und Japan sollen verstärkt Touristen angelockt werden. In der Erwartung besonders zahlungskräftige Besucher ins Land zu holen, vermarktet das 'Ceylon Tourist Board' insbesondere die neuen Fünf-Sterne Hotels des Landes.

Privatisierungsstreben der Regierung bedroht die Umwelt

Es ist bekannt, daß die 'Peoples Alliance'-Regierung in Sri Lanka trotz ihrer ursprünglich verkündeten halbsozialistischen und auf den Staat zentrierten Politik, den Auflagen der Weltbank folgend, geradezu in einen Privatisierungsrausch verfallen ist. Das vorläufig letzte Glied dieser Kette stellt die Apatitmine von Eppawela im Distrikt Anuradhapura, etwa 160 Kilometer nördlich von Colombo, dar. Apatit, ein Phosphatgestein, ist das Rohmaterial, das zur Herstellung phosphathaltiger Düngemittel benötigt wird.

Die Mine erstreckt sich über eine Fläche von 56 Quadratkilometern, auf der insgesamt 26 Dörfer stehen, die eine Gesamtbevölkerung von etwa 12.000 Menschen in 2.600 Familien zählen. Die infrastrukturelle Erschließung des Gebietes ist mit acht Schulen, 23 Bewässerungsseen sowie einer größeren Anzahl unterschiedlich leistungsstarker Bewässerungskanäle als gut zu bezeichnen.

Gamini Navaratne verstorben

Der ehemalige Chefredakteur der englischsprachigen Wochenzeitung 'Saturday Review', die bis vor einigen Jahren in Jaffna erschien, verstarb am 9. März nach langjähriger Krankheit in der Nähe von Colombo. Gamini Navaratne stand dem 'Südasiensbüro', das er anlässlich einiger Europareisen Mitte und Ende der 80er Jahre mehrfach besuchte, sehr nahe. Er schrieb für 'Südasiens', mitunter fungierte er auch als Gastkommentator, so in der Ausgabe 6-7/87. Damals befand er sich in Dortmund, als ihn die Nachricht von neuen militärischen Auseinandersetzungen in seiner Heimat erreichte. Es war der Beginn der Kampfhandlungen, die sich die 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' mit den wenige Wochen zuvor stationierten Soldaten der indischen Friedenstruppe (IPKF) lieferten. Sie zerstörten die Hoffnungen vieler auf eine friedliche Lösung des Volksgruppenkonflikts unter Mithilfe Indiens.

Navaratne hatte nach den anti-tamilischen Pogromen des Jahres 1983 den schwierigen Posten des Chefredakteurs der Zeitung übernommen, die von der Regierung - wie keine andere Publikation in Sri Lanka - mehrfach verboten wurde, weil sie immer wieder kritisch die Rolle der im Norden stationierten Truppen reflektierte und ihre Menschenrechtsverletzungen an der tamilischen Bevölkerung kritisierte. Mit seiner politischen Kolumne 'Political Causerie' hatte sich der Sinhaleser Navaratne bereits vor Übernahme des Chefredakteurpostens des im "Tamilenland" einen Namen für kritischen Journalismus gemacht. Mit seiner einfachen und direkten Sprache, die von satirischen Elementen und einem gewissen "schwarzen Humor" durchzogen war, trug er maßgeblich dazu bei, daß die 'Saturday Review' zum Sprachrohr für diejenigen wurde, die in einer Verhandlungslösung und Zugeständnissen an die tamilische Minderheit Sri Lankas eine Lösung des Volksgruppenkonflikts sahen.

Die Planungen sehen vor, den Apatit innerhalb von 30 Jahren abzubauen und zu exportieren. Allerdings könnte das Vorkommen nach Auskunft von Hemantha Withanage, einem Wissenschaftler und Umweltexperten, unter Beibehaltung der derzeitigen Abbaugeschwindigkeit der lokalen Bevölkerung eintausend Jahre lang reichen. Daher stellt das Projekt eine ernsthafte Bedrohung der Lebensgrundlage der srilankischen Bevölkerung dar. Gründungspartner des Minenprojektes sind die US-amerikanische 'IMC Agrico (pvt.) Ltd.', die japanische 'Tomen Corporation' sowie die srilankische 'Phosphate Ltd.'.

Der Entwurf für den Abbau von Apatit in Eppawela umfaßt:

- den Abbau,
- den Bau einer Weiterverarbeitungsanlage in Trincomalee, einschließlich je einer Phosphorsäure- und Schwefelsäurefabrik,
- den Bau einer Eisenbahnlinie von Eppawela nach Kekirawa sowie den Ausbau der bestehenden Eisenbahnverbindung von Kekirawa nach Trincomalee,
- den Bau neuer Straßen in Trincomalee.

Aufgrund des rapiden Erzabbaus werden ernsthafte Folgen für die Umwelt

erwartet. Der Bergbau wird eine großflächige Abbaugrube zur Folge haben, die ihrerseits vielfältigen physischen und ökologischen Wandel in Gang setzen wird. Einflüsse wie die Veränderung des Mikroklimas, das Absenken des Grundwasserspiegels, die zunehmende Staubbelastung der Luft, den Verlust ertragreichen landwirtschaftlichen Bodens und von Biomasse, den Verlust existenter Infrastruktureinrichtungen und Bewässerungsanlagen, starke Erschütterungen aufgrund des Bergbaus, die Verlagerung von Wasserquellen sowie eine Vielzahl anderer negativer Folgen sind in Anbetracht des großdimensionierten Bergbauprojektes zu erwarten.

Der Plan der US-amerikanischen Gesellschaft muß anhand der Erfahrungen und Ergebnisse einer Phosphatmine in Florida, wo Tausende von Hektar Land ruiniert wurden, von Wissenschaftlern und Umweltexperten überprüft werden.

Das 425 Millionen US-Dollar teure Projekt ist bereits mit lokalen Bauern und Umweltgruppen in Konflikt geraten. Zu der Koalition, die das Minenprojekt bekämpft, zählen desweiteren Mitglieder buddhistischer Klöster, frühere Politiker und ehemalige Soldaten.

Die srilankische Regierung betont, daß eine Machbarkeitsstudie durchgeführt

worden ist und das zuständige Ministerium dem Projekt zugestimmt habe. Demgegenüber erklärte der Vizepräsident der Entwicklungsabteilung des Konzerns, Peter Maples, gegenüber Journalisten, daß entsprechende Untersuchungen noch nicht begonnen wurden. Die Gesellschaft gibt an, daß sie den für die Mine in Florida gültigen Standard auch in dem für Sri Lanka geplanten Projekt zugrunde legen will. Nordamerikanische Wissenschaftler verweisen diesbezüglich jedoch darauf, daß der umweltschädigende Einfluß des Phosphaterzabbaus in Florida, wo IMC ein Drittel des gesamten US-amerikanischen Phosphatertrags förderte, signifikant sei.

Mehr als 200.000 Hektar des südlichen Bundesstaates seien streifenförmig abgebaut worden und hinterlassen wurde von Kratern und Gräben durchzogenes, degradiertes Land. Etwa zwanzig Abraumhalden aus Phosphatgips in der Höhe zehnstöckiger Gebäude, bestimmen seither auf einer Gesamtfläche von 400 Hektar die Landschaft des ehemaligen Bergbaubereiches.

Ein weiterer negativer Einfluß besteht darin, daß sich in den zurückbleibenden Bergbaugruben kleine Seen entwickeln, in denen Moskitos hervorragende Brutstätten finden und damit der Ausbreitung der Malaria Vorschub geleistet wird. Ein weiteres befürchtetes Desaster ist in der mit der Düngemittelproduktion einhergehenden Explosionsgefahr zu sehen.

'Airlanka'-Anteile verkauft

Die srilankische Regierung hat Ende März einen 40 prozentigen Anteil der staatlichen Fluggesellschaft 'Airlanka' an die Fluggesellschaft 'Emirates' der Vereinigten Arabischen Emirate verkauft. Auch die Managementautorität ging in die Hände von 'Emirates' über. Vom Minister für Zivilluftfahrt, Dharmasiri Senanayake wurde der Verkauf im Wert von 70 Millionen Dollar als erfolgreicher Abschluß des Restrukturierungsprogramms von 'Airlanka' bezeichnet. Für eine Dauer von zehn Jahren wird die arabische Fluggesellschaft nun die Managementverantwortung einschließlich der Bodenabfertigung und des Catering übernehmen.

'Airlanka' beschäftigt zur Zeit etwa 5.000 Menschen, ächzt aber gegenwärtig unter einer Schuldenlast von ca. 310 Millionen Dollar - unter anderem durch den Ankauf von drei 'Airbus A-340' Flugzeugen. Die weiteren Pläne sehen eine schrittweise Erneuerung der Flotte vor, bei der die schon recht betagten 'Tristar'-Maschinen und zwei 'Airbus A-320' durch sechs neue 'A-330' Flugzeuge ersetzt werden sollen. Unrentable

Flugdestinationen werden in Zukunft nicht mehr von 'Airlanka' bedient, genannt wurden in diesem Zusammenhang bereits die Orte Zürich und Amsterdam.

Die größte Oppositionspartei, die 'United National Party' hat kurz nach dem Bekanntwerden des Verkaufs ihre Ablehnung zu diesem Vorgang bekundet. In einer Parlamentsdebatte bezeichnete UNP-Generalsekretär Gamini Atukorale den Abschluß als "größten Betrug, der in diesem Land stattgefunden hat". Inzwischen beschäftigt sich auch das parlamentarische 'Committee on Public Enterprises' mit der Vereinbarung, da Gerüchte über einen unzulässig vorzeitigen Abschluß des Verkaufs bekannt geworden waren.

Post im Streik

Seit mehr als einem Monat dauert nun schon ein Streik der Bediensteten der srilankischen Post. Die Postler waren im März in einen Ausstand getreten, nachdem die Regierung eine Forderung nach Bezahlung von Überstunden abgelehnt hatte. Obwohl seit Beginn des Streiks mehrere Verhandlungsrunden zwischen Vertretern der Postgewerkschaft und der Regierung stattgefunden haben, ist ein Ende der Auseinandersetzungen nicht in Sicht. Mittlerweile stapeln sich im Hauptpostamt von Colombo, der zentralen Stelle für den Umschlag von Postsendungen, mehrere Millionen Briefe. Die Probleme bei der Zustellung von Briefen wirken sich außerdem auch immer mehr auf die Wirtschaft des Landes aus. Wichtige Dokumente und Schecks werden nur mit großer Verzögerung oder überhaupt nicht zugestellt. Auch der Geldtransfer der vielen im Ausland arbeitenden Srilankaner an ihre Familien funktioniert nicht mehr. Infolge dessen machen sich Kaufkraftverluste bemerkbar. Einer starken Geschäftsbelebung erfreuen sich nur die zahlreichen privaten Kurierdienste. Viele von ihnen, darunter die internationalen Firmen UPS und DHL können die unerwartete Nachfrage, die um bis zu 50 Prozent höher liegt, nicht bewältigen.

Neue Zahlen zum Kindesmißbrauch

Mit Schrecken hat man in Sri Lanka neue Zahlen zum sexuellen Mißbrauch von Kindern zur Kenntnis genommen. Einer Studie der 'Presidential Task Force on Child Protection' zufolge werden 20 Prozent der srilankischen Jungen sexuell mißbraucht. Harendra de Silva, Leiter der Arbeitsgruppe, sagte gegenüber Pressevertretern, daß diese Studie, obwohl nur in einem Landesteil durchgeführt, durchaus repräsentativ für die Situation im ganzen Land sei. Die Ergebnisse bestätigten den schon seit

langer Zeit vorhandenen Eindruck, daß Sri Lanka ein sicherer Zufluchtsort für Pädophile sei, obwohl es sich bei den meisten der Täter um Einheimische handele. Die Regierung plant aufgrund der Untersuchungsergebnisse eine erneute Verschärfung der Gesetze gegen Kindesmißbrauch. Gegenwärtig drohen Gefängnisstrafen bis zu 20 Jahren. Zusätzliche Regelungen einer Opfervernehmung mit Videoaufzeichnungen, die den Kindern eine Anwesenheit im Gerichtssaal und damit eine Begegnung mit dem Täter ersparen, sind bereits eingeführt worden.

Zumindest zahlenmäßig, so de Silva, sei der Mißbrauch von Kindern im eigenen Heim ein viel größeres Problem als der durch ausländische Touristen. UNICEF, die Kinderorganisation der Vereinten Nationen, schätzt trotzdem, daß mindestens vier Prozent der Urlauber nach Sri Lanka kommen, um dort sexuelle Kontakte mit Kindern aufzunehmen, fast ausschließlich mit Jungen. Zahlreiche Strafverfahren gegen Ausländer sind sowohl im Lande wie auch bei den Strafbehörden der Herkunftsländer anhängig. Auch eine der häufigen Folgen sexuellen Mißbrauchs im Kindesalter wird von der Studie bestätigt: Zehn Prozent der srilankischen Jugendlichen im Alter von 18 bis 25 Jahren haben jüngere männliche Kinder mißbraucht. Siebzig Prozent dieser Täter gaben an, selbst als Kinder Opfer von Mißbrauch geworden zu sein.